Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die Wirtschaft der um Spanien und Portugal erweiterten Europäischen Gemeinschaft expandierte 1986 weiter auf dem mäßigen Niveau des Vorjahres. Die Teuerungsrate verminderte sich erheblich und war damit so niedrig wie in den 60er Jahren. Die Finanzpolitik in der Gemeinschaft hielt am eingeschlagenen Kurs der Konsolidierung fest. Für 1987 zeichnet sich ein nur verhaltener Konjunkturanstieg in der Gemeinschaft ab. Die Chancen für eine Absenkung der hohen, auf dem Vorjahresniveau verharrenden Arbeitslosenquote sind unter den gegenwärtigen Gegebenheiten nicht günstig. Die Kommission leitet daraus die Schlußfolgerung ab, daß die von ihr im Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 vorgeschlagene und vom Ministerrat verabschiedete „Kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung" endlich bewußt und entschlossen angewandt werden müsse[1]. Diese Strategie sieht eine Verbindung von gebremster Lohnentwicklung, Stärkung der Nachfrage und eine Verbesserung der Bedingungen auf den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten vor[2].

Wirtschaftslage der Gemeinschaft

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den westlichen Industrieländern hielt auch 1986 an. Allerdings flachte sich der Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes (BSP) weiter auf 2,5% ab. Nach den USA schwenkte auch Japan auf das moderate Wachstumstempo der Europäischen Gemeinschaft ein. In der Gemeinschaft setzte sich die Expansion in der Größenordnung des Vorjahres fort. Es zeigte sich im Verlaufe des Jahres 1986, daß die dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüsse – herrührend aus der Abwertung des Dollars sowie der rückläufigen Nachfrage der Ölexportländer – die Verstärkung der internen Auftriebskräfte in der Gemeinschaft kompensierten.

Die stärksten Nachfrageimpulse gingen 1986 von den privaten Haushalten aus. Bei weitgehend gleichbleibendem Expansionstempo des verfügbaren Einkommens in den meisten Gemeinschaftsländern erhöhte sich dessen Kaufkraft durch Abflachung des Preisanstiegs deutlich. Dieser Realeinkommenseffekt führt zu einer erheblichen Zunahme des privaten Konsums (etwa 3,7%). Allerdings dürfte der private Konsum im Jahre 1987 mit dem Rückgang des Realeinkommensimpulses – primär wegen des Auslaufens der Energieverbilligung – langsamer expandieren[3]. Die aus der weltwirtschaftlichen Einkommensumverteilung resultierende Nachfragestimulierung der privaten Haushalte galt nicht im gleichen Maße

für die Unternehmen. Deren Investitionen entscheiden letztlich aber über die Wachstumsdynamik der europäischen Volkswirtschaften[4].

Die Verbilligung von Energie und Rohstoffen sowie Zinssenkungen verbesserten insgesamt gesehen die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit in den meisten Gemeinschaftsländern. Allerdings standen stimulierenden Wirkungen in den inlandsorientierten Sektoren retardierende in ‚benachteiligten' Bereichen gegenüber. Zu den letzteren gehören vor allem Unternehmen, die intensiv mit Anbietern aus dem Dollarraum konkurrieren. Wenngleich per saldo die positiven Signale überwiegen, so dürften die aus der ölschockbedingten Um- und Neuorientierung resultierenden Unsicherheiten über den Ablauf der Anpassungsprozesse einer Intensivierung der Investitionsdynamik entgegenstehen[5]. Bremsend wirken möglicherweise auch Befürchtungen über einen zunehmenden Protektionismus, die durch Diskussionen über die neue US-Handelsgesetzgebung genährt werden.

Der reale Zuwachs der gewerblichen Anlageinvestitionen für 1986 war im Herbst 1985 von der EG-Industrie auf 7% geplant und dann – unter dem Eindruck der Energieverbilligung – im Frühsommer sogar auf 10% erhöht worden. Tatsächlich war der Anstieg dann nur halb so groß. Konjunkturstützend wirkten zwar die Bauinvestitionen, die nach realem Rückgang 1985 wieder eine positive Zuwachsrate verzeichneten. Diese blieb aber deutlich unter der der Gesamtinvestitionen. Der, wenn auch wenig dynamische, Aufschwung hat zwar 1986 die Beschäftigtenzahlen in den meisten Gemeinschaftsländern leicht ansteigen lassen; allerdings trugen dazu vor allem spezifische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Ausweitung der Teilzeitarbeit bei. Dennoch verharrte die Arbeitslosenquote auf ihrem hohen Niveau von 11%, da die Erwerbspersonenzahl in der Gemeinschaft – weniger demographisch bedingt als vielmehr Folge wachsender Erwerbsbeteiligung (vor allem der Frauen)[6] – steigt. Obgleich gerade hinsichtlich des Ziels der Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsstandes der weiteste Konsens zwischen den Mitgliedsländern besteht, dauert die Zielverfehlung hier am längsten.

Bei der Rückgewinnung der Preisstabilität machte die Gemeinschaft die größten Fortschritte. Die Teuerungsrate flachte sich 1986 erheblich um 2,5 Prozentpunkte auf 3,1% ab. Auch 1987 wird sich die Inflationsrate in der Gemeinschaft in dieser Größenordnung bewegen. Zudem ist in den einzelnen Ländern eine deutliche Konvergenz in Richtung auf die niedrigste Inflationsrate festzustellen. Die Erkenntnis, daß staatliche Eingriffe in die freie Preisbildung allokationsschädliche Wirkungen haben, hat zunehmend an Boden gewonnen[7]. Allerdings besteht noch immer ein reiches Arsenal offener oder verdeckter Subventionen in den Gemeinschaftsländern, die die relativen Preise verzerren und die Produktionsfaktoren fehlleiten.

Grundlinien der nationalen Wirtschaftspolitiken

Die Wirtschaftspolitik in den Gemeinschaftsländern war 1986 weiterhin überwie-

gend darauf ausgerichtet, die langfristigen Wachstumsbedingungen zu verbessern. Dazu trug die Finanzpolitik bei, in der die Bemühungen um Konsolidierung nach wie vor vorherrschen. Allerdings klafften zum Teil erhebliche Lücken zwischen den Projektionen und Ergebnissen. Für die Gemeinschaft insgesamt nahm das Finanzierungsdefizit des Staates – gemessen in Relation zum BSP – weiter von 4,6% auf 4,1% ab. Ausgenommen von diesem Trend blieben nur die Niederlande und Großbritannien, wo die Defizite zunahmen. Neben den Bemühungen, durch Senkung der staatlichen Defizite den Kapitalmarkt zu entlasten, versuchten die Gemeinschaftsländer durch Verringerung der Staatsquote die Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliche Dynamik zu verbessern: Die Staatsquote konnte unter die 50%-Marke gedrückt werden, ist aber noch immer sehr hoch.

Der geldpolitische Kurs der Zentralbanken wurde im vergangenen Jahr von der Zielsetzung bestimmt, den Dollarrückgang abzuschwächen. Damit konnte man sich in den europäischen Ländern allerdings nicht dem Sog der expansiven amerikanischen Geldpolitik entziehen und es kam insgesamt zu einer unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten zu reichlichen Geldversorgung. Der ausgeprägte Dollarkursrückgang und eine ungenügende Beachtung der notwendigen Zinsdifferentiale innerhalb des EWS führte zu Spannungen im EWS, die sich am 12. Januar 1987 in einem Realignment der Leitkurse „Luft machten"[8].

Die einkommenspolitischen Gegebenheiten waren 1986 günstig. Trotz erheblicher Verbesserung der Reallöhne je Erwerbstätigen stiegen die realen Arbeitskosten pro Kopf mit 0,4% deutlich geringer als in den letzten Jahren. Diese Konstellation, die sich in den nächsten Jahren nicht wiederholen dürfte, ist der deutlichen Verbesserung der Terms of Trade zu verdanken: sie bedeutete für die Unternehmen eine Kostenentlastung, für die Haushalte eine Stärkung der Kaufkraft[9]. 1987 ist mit einer deutlichen Beschleunigung der realen Lohnkosten pro Kopf (1,3%) zu rechnen. Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien werden allerdings unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt bleiben. Bei etwa gleichbleibendem Produktivitätszuwachs wie 1986 wird ein leichter Rückgang der realen Lohnstückkosten pro Kopf zu verzeichnen sein. Dieser Rückgang dürfte freilich bei stark dem ausländischen Wettbewerb ausgesetzten Firmen kaum ausreichen, die Auswirkungen einer Verlangsamung der Nachfrageentwicklung und des Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit in Folge der Dollarabwertung auf die Investitionen auszugleichen[10].

Bundesrepublik Deutschland

Die wirtschaftliche Bilanz der Bundesrepublik kann für 1986 zumindest im innereuropäischen Vergleich als befriedigend angesehen werden. Das Wachstumstempo bewegte sich im vierten Anstiegsjahr in der Größenordnung der vergangenen Jahre. Entgegen den Erwartungen im Frühjahr 1986 führte das Zusammentreffen mehrerer starker Impulse – Steuersenkung, Realeinkommensschub durch Ölpreisverbilligung und verstärkte monetäre Expansion – nicht zu einem beschleu-

Tabelle: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EG-Länder
Jahresdurchschnitte bzw. Jahresangaben

		Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in %	Langfristiger Zinssatz in % p. a.[1]	Leistungsbilanzsaldo in Mrd. US-$	Leistungsbilanzsaldo in % des BSP	Veränderung des realen BSP gegenüber dem Vorjahr in %	Arbeitslose in % (nationale Definition)	Finanzierungssaldo des Staates[2] in % des BIP/BSP
BR Deutschland	1984	2,4	8,0	7	1,1	3,0	8,1	− 1,9
	1985	2,2	7,0	14	2,1	2,5	8,2	− 1,1
	1986	− 0,2	6,2	36	4,0	2,4	7,9	− 1,0
Frankreich	1984	7,4	13,4	− 1	− 0,2	1,5	10,0	− 2,9
	1985	5,8	11,9	0	0,0	1,4	10,4	− 2,8
	1986	2,7	9,1	4	0,5	2,2	10,7	− 2,6
Großbritannien	1984	5,0	10,7	2	0,4	2,9	11,1	− 3,9
	1985	6,1	10,6	4	0,8	3,4	11,3	− 2,8
	1986	3,4	9,9	− 2	− 0,3	2,5	11,6	− 2,9
Italien	1984	10,8	14,9	− 3	− 0,8	2,8	10,4	−13,0
	1985	9,2	13,1	− 4	− 1,2	2,3	10,6	−14,0
	1986	5,9	10,6	5	0,9	2,8	11,1	−12,3
Spanien	1984	11,3	16,5	2	1,3	2,2	20,6	− 5,3
	1985	8,8	13,4	3	1,6	2,1	22,1	− 6,5
	1986	8,8	11,3	5	2,0	3,0	21,5	− 5,1
Niederlande	1984	3,3	8,1	5	4,1	2,3	14,5	− 6,4
	1985	2,3	7,3	5	4,3	1,8	13,1	− 5,2
	1986	0,2	6,4	7	4,3	1,5	12,1	− 5,8
Belgien	1984	6,3	12,0	− 1	− 0,4	1,3	14,4	− 9,5
	1985	4,9	10,6	0	0,4	1,1	13,7	− 8,4
	1986	1,3	7,9	3	2,6	2,0	12,9	− 8,0
Dänemark	1984	6,3	13,9	− 2	− 3,0	3,4	9,9	− 4,2
	1985	4,7	11,9	− 3	− 4,6	3,8	8,8	− 1,8
	1986	3,6	10,6	− 4	− 5,2	2,8	7,6	+ 3,5
Griechenland	1984	18,5	18,6	− 2	− 6,4	2,8	8,1	−10,1
	1985	19,3	16,2	− 3	−10,0	2,1	7,8	−13,9
	1986	23,0	15,6	− 2	− 4,6	0	7,6	−10,3
Portugal	1984	29,3	32,5	− 1	− 3,0	−1,5	9,3	− 7,7
	1985	19,3	25,8	1/2	1,9	2,8	8,7	−11,1
	1986	11,7	18,4	2	5,7	4,3	8,6	− 8,0
Irland	1984	8,6	14,5	− 1	− 5,8	1,8	16,6	− 9,8
	1985	5,4	12,9	− 1	− 3,6	0,2	17,7	−11,6
	1986	3,9	11,1	−1/2	− 1,8	1,5	18,3	−10,9
Luxemburg	1984	4,6	10,3	1/2	30,0	4,9	1,8	+ 1,5
	1985	4,1	9,5	1/2	30,0	1,9	1,6	+ 4,1
	1986	0,3	8,8	1/2	31,5	2,3	1,3	+ 3,7
EG insgesamt	1984	6,4	11,8	5	0,3	1,7	10,9	− 4,9
	1985	5,6	10,5	16	0,7	2,3	11,0	− 4,6
	1986	3,1	8,8	49	1,6	2,4	11,0	− 4,7

[1]) Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen.
[2]) Zentralstaat und nachgeordnete Gebietskörperschaften sowie Sozialversicherungen in der Abgrenzung der VGR der UN (SNA).

Quellen: IWF, EG-Kommission, OECD, nationale Statistiken.

nigten Konjunkturanstieg. Die Konjunktur ist im vergangenen Jahr vor allem durch die außenwirtschaftliche Entwicklung – ausgehend von der Talfahrt des Dollars – gebremst worden und geriet im Herbst sogar in eine Stockungsphase[11]. Die Beschäftigung nahm 1986 um gut 1% (250 000 Erwerbspersonen) kräftig zu. Die Arbeitslosenzahl sank allerdings nicht im gleichen Ausmaß, weil sich das Arbeitsangebot wiederum erweitert hatte. Das Niveau der Verbraucherpreise war 1986 dank der Ölpreissenkung niedriger als ein Jahr zuvor, die „hausgemachten" Kosten stiegen dagegen weiter.

Für 1987 ist mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu rechnen. Die Anpassung an die außenwirtschaftlichen Bedingungen ist zwar noch nicht abgeschlossen; die inländischen Voraussetzungen für eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung sind aber nach wie vor günstig. Die Mehrheit der führenden deutschen Konjunkturforschungsinstitute rechnet unter diesen Gegebenheiten mit einer Zunahme des BSP um 2%. Dem abgeschwächten Wachstum entsprechend wird 1987 auch eine geringere Zunahme der Beschäftigung veranschlagt (200 000)[12].

Frankreich

Frankreich verfolgte auch 1986 eine strikte Stabilitätspolitik. Die Teuerungsrate des privaten Konsums war mit 2,7% um gut 3 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Die Anstiegsrate der tariflichen Stundenlöhne hat sich spürbar verlangsamt. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nahmen deutlich geringer zu als im Durchschnitt der EG-Länder. Die Finanzpolitik war weiter auf Konsolidierung eingestellt, während die Geldpolitik einen Stabilisierungskurs verfolgte.

Allerdings wurde die Stabilisierungspolitik in Frankreich mit dem Eisenbahnerstreik um die Jahreswende auf eine harte Probe gestellt[13]: Entschlossen versuchte die Regierung den Lohnanstieg an die deutlich gesunkene Teuerungsrate anzupassen. Dieses strikte Festhalten am Stabilisierungskurs war insofern bemerkenswert, als die Konjunktur angesichts eines kaum mehr steigenden Exports an Schwung verloren hatte. Das BIP stieg 1986 lediglich um gut 2%, so daß die Zahl der Beschäftigten kaum zunahm. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich trotz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Die weitgehend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik entlastet die Unternehmen dieses Jahr durch zahlreiche fiskalische Maßnahmen[14]. Die Regierung strebt zudem eine Begrenzung des Lohnanstiegs auf die Teuerungsrate des privaten Konsums (3%) an. Angesichts mäßigen Lohnkostenanstiegs und steuerlicher Entlastungen haben sich die Voraussetzungen für eine Stärkung der Investitionsneigung verbessert. Das reale Bruttosozialprodukt wird allerdings aufgrund der Entwicklung der anderen Komponenten nur in der Größenordnung des vergangenen Jahres expandieren, was eine Erhöhung der Arbeitslosenquote mit sich bringen wird.

Großbritannien

Der schon Mitte 1981 einsetzende Anstieg von Nachfrage und Produktion setzte sich 1986 fort, wobei sich der Anstieg des BSP gegenüber dem Vorjahr auf 2,5% verringerte. Deutlich flachte sich der Preisanstieg ab. Allerdings verdeckte die Energieverbilligung die anhaltende kräftige Verteuerung anderer heimischer Produktionsfaktoren. Die Verminderung des Preisauftriebes führte ebensowenig wie die hohe Arbeitslosigkeit zur Dämpfung der Lohnexpansion: Großbritannien war 1986 das Land mit dem höchsten realen Lohnstückkostenanstieg in der Gemeinschaft. Trotz eines kräftig wachsenden Überschusses bei den Dienstleistungen wurde die Leistungsbilanz erstmals seit Ende der 70er Jahre defizitär.

Der Anstieg der inlandsdeterminierten Kosten und Preise wurde durch eine nachgiebige Geldpolitik begünstigt, in der seit einiger Zeit Zins- und Wechselkursziele dominieren. Für 1987 dürfte – nach Wegfall der stabilisierenden Energiepreisverbilligung – eine Verringerung des Geldmengenwachstums angestrebt werden, damit keine neuen Inflationserwartungen entstehen. Die Finanzpolitik wich 1986 erheblich von der ursprünglichen Planung ab. In der zweiten Jahreshälfte nahmen die öffentlichen Ausgaben stärker zu als im Haushalt vorgesehen. Die ungeplante Erhöhung der Staatsquote 1986 soll allerdings in den nächsten zwei Jahren nicht rückgängig gemacht werden. Zudem ist mit einer Steuersenkung zu rechnen[15]. Dem Anstieg des öffentlichen Defizits soll unter anderem durch zeitliches Vorziehen von Privatisierungen begegnet werden. Per saldo werden weiter expansive Impulse von der öffentlichen Hand ausgehen. Das BSP dürfte 1987 um 2,5–3% bei wohl zunehmender Beschäftigung expandieren. Die Arbeitslosigkeit wird nur langsam zurückgehen, die Teuerungsrate auf etwa 5% steigen.

Italien

Italien erzielte 1986 beträchtliche Stabilisierungsfortschritte bei anhaltender konjunktureller Aufwärtsbewegung. Das reale BSP wuchs leicht um 2,8%. Die Auftriebskräfte verlagerten sich dabei tendenziell auf das Inland. Die durchschnittliche Teuerungsrate – 1984 noch zweistellig und auch 1985 mit 9% hoch – konnte auf etwa 6% gesenkt werden. Verbilligte Einfuhren aufgrund der Ölpreissenkung und der Liraaufwertung gegenüber dem Dollar trugen dazu bei. Außerdem ließ der Lohnauftrieb stärker nach als der Preisauftrieb, und es gelang der Wirtschaftspolitik, die Staatsausgaben deutlich zu bremsen. Der staatliche Finanzierungssaldo konnte – gemessen am BSP – um mehr als 1½ Prozentpunkte auf 12,3% gesenkt werden. Bei dieser Entwicklung konnte die Zentralbank die monetäre Expansion unter Kontrolle bringen[16]. Achillesferse bleibt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Wohl nimmt die Erwerbstätigkeit zu, doch aufgrund der demographischen Entwicklung klettert die Arbeitslosenquote auf immer neue Höhen.

Die Aussichten auf eine Fortsetzung der stabilisierungsorientierten Geld- und Finanzpolitik sind verhältnismäßig günstig. Angestrebt wird für 1987 eine Ver-

besserung der Wachstumskonditionen durch eine Steuerreform. Insgesamt zeichnet sich ein Anstieg des BSP ab, der zumindest in der Größenordnung des Vorjahres liegt[17]. Ob damit ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergehen wird, ist zweifelhaft. Die Teuerungsrate dürfte im Jahresdurchschnitt etwa bei 5% liegen.

Beneluxländer

Das Wirtschaftswachstum schwächte sich 1986 in den Niederlanden weiter auf 1,5% ab. Die Exportdynamik der vorangegangenen Jahre hat merklich nachgelassen. Der Anstieg der inländischen Nachfrage reichte nicht aus, um die Wachstumsrate von 1985 zu halten. Der Leistungsbilanzüberschuß verringerte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich, war aber mit 4% des BIP weiterhin hoch. Die Arbeitslosenquote ging zurück, gehört aber mit 12% weiterhin zu den höchsten der Gemeinschaft. Die Teuerungsrate von 0,2% – die Heraufsetzung der Mehrwertsteuersätze zum 1. 10. 1986 verhinderte ein noch besseres Ergebnis – wies die Niederlande neben der Bundesrepublik und Luxemburg als preisstabilstes EG-Land aus.

In den Grundzügen wird der konsolidierungs- und stabilisierungsorientierte Kurs fortgesetzt. Weiterhin will man die Marktkräfte sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit niederländischer Produzenten stärken[18]: Dazu gehört die einkommenspolitische Linie, den öffentlichen Dienst mit niedrigen Abschlüssen als Schrittmacher zu nutzen. Die Geldpolitik bleibt Wechselkurspolitik, denn an der Stabilität des Guldenkurses gegenüber der DM im EWS soll festgehalten werden. In der schwierigen finanzpolitischen Lage sinkender Erdgaseinnahmen sucht die Regierung einen Kompromiß zwischen dem Bemühen um die Verringerung des Budgetdefizits und einer konjunkturgerechten Finanzpolitik.

In Belgien hat sich das Wirtschaftswachstum 1986 mit einer Beschleunigung auf 2% gegenüber dem Vorjahr erheblich verstärkt. Dennoch gehörte Belgien in der EG weiterhin zu den Wachstumsschlußlichtern. Die Arbeitslosenquote ist zwar rückläufig, bleibt aber mit 12,9% so hoch, daß in der Gemeinschaft nur Spanien und Irland höhere Werte aufweisen. Zu den helleren Flecken im grauen Gesamtbild der belgischen Wirtschaft gehört der starke Rückgang des Anstiegs der Teuerungsrate von über 4 auf gut 1%. Zudem hat sich der Leistungsbilanzüberschuß – überwiegend auf die Energieverbilligung zurückzuführen – 1986 stark erhöht. Allerdings ist die Anpassung der belgischen Industrie an die Weltnachfrage nach wie vor unzureichend. Der Zustand der öffentlichen Finanzen erfordert weiterhin eine rasch durchgreifende Sanierung, um den Teufelskreis „Schuldenlast – Neuverschuldung" zu durchbrechen. Zudem muß im Hinblick auf ein stärkeres und dauerhaftes Wachstum die Beseitigung von Starrheiten auf der Angebotsseite mit Hochdruck betrieben werden[19]. Wichtig ist auch, daß es zu einer Revision der Industriepolitik kommt, die sich allzulange mit der Abfederung des Strukturwandels in überholten Sektoren beschäftigte.

Die luxemburgische Wirtschaftsbilanz für 1986 kann sich durchaus sehen lassen: Ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum etwa auf der Höhe des EG-Durchschnitts, ein Leistungsbilanzüberschuß, der gut 30% des BIP erreicht, eine gesunkene Arbeitslosenquote von nur 1,3%, eine Teuerungsrate nahe Null und ein positiver Haushaltssaldo.

Die Haushaltspolitik wirkte nachfragestützend, indem nach der Umstrukturierung der Stahlindustrie freigewordener Spielraum zum Teil für Steuersenkungen genutzt wurde, ein Ansatz, der auch 1987 fortgeführt wird. Die Bemühungen um Diversifizierung der luxemburgischen Wirtschaftsstruktur wurden durch gezielte Maßnahmen zugunsten neuer Unternehmen fortgeführt. Wichtig wird es sein, daß der 1984 in Gang gekommene Aufholprozeß bei den Löhnen zur Kompensierung der zuvor erlittenen Einbußen nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verschlechtert und die industrielle Diversifizierung gefährdet.

Übrige EG-Länder

Die 1982 eingeleitete neue dänische Wirtschaftspolitik kann auch 1986 auf eine insgesamt erfolgreiche Bilanz zurückblicken: Eine im EG-Vergleich überdurchschnittliche Wachstumsrate von 2,8%, eine zweistellige Expansion der Anlageinvestitionen, eine rückläufige Arbeitslosenquote, die weit unter dem EG-Niveau liegt, Erfolg bei der Stabilisierung des Preisniveaus und ein Haushaltsüberschuß. Dunkler Punkt in der Bilanz bleibt das hohe Leistungsbilanzdefizit (34,6 Mrd. dKr), das über 5% des BIP ausmacht; er ist vor allem Folge der – trotz hoher Investitionsraten – nicht genügend verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Wirtschaft. Nicht zuletzt, um ein günstiges politisches und soziales Umfeld vor den Wahlen zu erhalten, wurden Vereinbarungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung zugelassen, die ungünstig auf Preisentwicklung, Leistungsbilanz und Arbeitsmarkt wirken[21]. Nach den Wahlen, die für den Sommer 1987 erwartet werden, dürfte die Regierung im Interesse von Preisstabilität und Leistungsbilanz wohl eine restriktivere, auf Kaufkraftabschöpfung gerichtete wirtschaftspolitische Linie ergreifen[22].

Das im Oktober 1985 von der griechischen Regierung verabschiedete 2-Jahres-Paket von Stabilisierungsmaßnahmen war angesichts der Ungleichgewichte in der griechischen Wirtschaft unvermeidbar. Ziel ist eine deutliche Verlangsamung des Lohnanstiegs, ein massiver Abbau des Staatsdefizits und eine starke Eindämmung des Geldmengenwachstums. Bei der notwendigen Sanierung der Zahlungsbilanz hilft ein EG-Beistandskredit. Inzwischen sind gewisse Erfolge zu verzeichnen: die Reallöhne sanken infolge einer neuen Indexierungsmechanik um 7%, das Finanzierungsdefizit, nach wie vor eines der höchsten in der EG, ging um etwa 3,5 Prozentpunkte zurück, das Leistungsbilanzdefizit verringerte sich auf 4,6% des BSP. Dennoch ist das wirtschaftliche Bild Griechenlands trübe. Eine intensive Fortsetzung der Stabilisierungsbemühungen, flankiert durch eine auf Erneuerung der Wirtschaftsstruktur abzielende Anpassungspolitik, ist unabdingbar.

In Spanien hat sich 1986 das Wirtschaftswachstum erheblich belebt. Das Bruttosozialprodukt nahm als Folge einer deutlichen Expansion der Inlandsnachfrage um 3% zu. Bessere Absatzaussichten und der Zwang zur industriellen Modernisierung im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt wirkten sich günstig auf die Bruttoanlagenentwicklung aus[23]. Mit einem Anstieg der Teuerungsrate von 8,8% war das Inflationsgefälle gegenüber den meisten EG-Partnern noch relativ groß. Zu beachten ist dabei allerdings, daß durch die Einführung der Mehrwertsteuer das Preisniveau um schätzungsweise 3 Prozentpunkte anstieg[24]. 1986 brachte erstmals eine deutliche Zunahme der Beschäftigung und eine Umkehr des Trends zur Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote ist aber mit Abstand die höchste in der Gemeinschaft. Spanien steht nun vor der Aufgabe, die beachtlichen Ergebnisse bei der Wiederherstellung des makroökonomischen Gleichgewichtes zu konsolidieren. Eine Fortsetzung der energischen Anpassungspolitik ist für die dauerhafte Verbesserung der Beschäftigung und den Abbau der Arbeitslosigkeit unerläßlich[25].

Das Wachstum der portugiesischen Wirtschaft beschleunigte sich 1986 gegenüber dem Vorjahr und die Expansionsrate des BSP war mit gut 4% am höchsten in der Gemeinschaft. Die Inlandsnachfrage löste die Ausfuhr als wichtigste Wachstumskomponente ab. Die Inflation hat sich erheblich abgeflacht, wenngleich die Teuerungsrate nach Griechenland immer noch am zweithöchsten in der Gemeinschaft ist. Angesichts der Zunahme der Erwerbsbevölkerung ist die Senkung der Arbeitslosenquote nur langsam vollziehbar. Wichtigste Aufgabe für die portugiesische Wirtschaft ist es, aus dem Teufelskreis des konjunkturellen „Stop and Go" zu kommen, der die Entwicklung des neuen EG-Mitglieds im letzten Jahrzehnt stark beeinträchtigte.

Das Gesamtbild der irischen Wirtschaftsbilanz hat sich 1986 leicht aufgehellt. Nach Stagnation im Vorjahr erhöhte sich die Anstiegsrate des BSP zwar auf 1,5%, lag aber damit weit unter dem EG-Durchschnitt. Der deutliche Rückgang der Teuerungsrate hielt an, das Leistungsbilanzdefizit halbierte sich, und der staatliche Finanzierungssaldo war, wenn auch weiter auf kritischem Niveau, rückläufig. Die Arbeitslosenquote verharrte auf ihrem hohen Stand von etwa 18%. Soll hier ein deutlicher Abbau erreicht werden, muß die Fähigkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze deutlich verbessert werden. Notwendige Voraussetzungen dafür sind u. a. ein geringer Reallohnanstieg sowie eine Stärkung der Effizienz und Flexibilität der Märkte. Kurzatmige subventionierte Beschäftigungsprogramme dürften nicht der richtige Weg sein.

Mittelfristige Perspektiven

Das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres und die für 1987 prognostizierte EG-Wachstumsrate bleiben deutlich unter den Werten, die im Rahmen der gemeinschaftlichen „kooperativen Wachstumsstrategie" für einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit notwendig sind. Diese Strategie zielt darauf ab, die gegenwärtige Wachstumsrate von 2,5% auf 3,5% zu steigern, um – durch den damit

einhergehenden Beschäftigungsanstieg – die durchschnittliche Arbeitslosenquote bis 1990 auf 8% (EG-12) zu senken[26]. Eine Diagnose, wie weit die globale Arbeitslosigkeit auf überhöhte Arbeitskosten oder auf unzureichende Gesamtnachfrage („keynesianische" Komponente) zurückgeht, bleibt problematisch. Die Gemeinschaft gedenkt, den Kampf an beiden Fronten zu führen und zumindest für einige Jahre Lohnmäßigung mit Maßnahmen der makroökonomischen Politik (Zinssenkung, Steuerreformen, vermehrte öffentliche Investitionen) zu verbinden[27]. Eine von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe schätzt, daß das Programm zur Realisierung des Binnenmarktes für einige Jahre ein zusätzliches halbes Prozent zum Wachstum beitragen könnte[28]. Allerdings ist eine gravierende Veränderung der Rahmenbedingungen nur als Konsequenz einer an der Angebotsseite ansetzenden entschlossenen Politik auf allen Güter- und Faktormärkten denkbar, wie sie wenig realistisch erscheint.

Die im Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 enthaltenen wirtschaftspolitischen Empfehlungen[29] wurden im Jahreswirtschaftsbericht 1986/87 bestätigt. Zu den Bemühungen der Kommission, die wirtschaftliche Effizienz in der Gemeinschaft zu steigern, gehören auch die Überlegungen, die Wirksamkeit der Beratungen gemäß der Ratsentscheidung vom 18. 2. 1974 „zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz in der Wirtschaftspolitik" zu erhöhen[30].

Die bislang ausgebliebene Wachstumsbeschleunigung ist für die Kommission ein Indikator dafür, daß die kooperative Wachstumsstrategie noch stärker ins Bewußtsein der Mitgliedsländer dringen muß. Wie im Vorjahre sieht die Kommission den größten Handlungsspielraum bei der Bundesrepublik. Zumindest die vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen – Vorziehen der zum 1. 1. 1988 beschlossenen 2. Stufe der Steuersenkung und beschleunigte Verwirklichung der großen Steuerreform – werden von den meisten großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten geteilt. Deutlich wird allerdings immer mehr, daß die kooperative Wachstumsstrategie ihre bis 1990 angestrebten Beschäftigungswirkungen nicht erreichen wird. Angesichts des starken Zurückbleibens hinter der Wachstumsnorm müßten in den Jahren 1988–90 schon Wachstumsraten von weit über 4% realisiert werden. Das ist wenig wahrscheinlich.

Anmerkungen

1 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987 (Mitteilung der Kommission an den Rat), in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Nr. 30, November 1986, S. 11.

2 Vgl. dazu Henry Krägenau, Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, S. 124 f.

3 Vgl. Günter Großer, Günter Weinert, Die wirtschaftliche Lage Westeuropas in: Weltkonjunkturdienst (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg) Nr. 1/87 S. 37.

4 Vgl. Ebenda, S. 38.

5 Vgl. Ebenda, S. 39.

6 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987, a.a.O., S. 22.

7 Vgl. Heinrich Matthes, Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EG in: Wirtschaftsdienst, 67. Jg. (1987), S. 250.

8 Vgl. dazu Peter-W. Schlüter, Währungspolitik, in diesem Band.
9 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987, a.a.O., S. 22.
10 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die wirtschaftliche Lage und Probleme der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Gemeinschaft, Dok. KOM (87) 77 endg. vom 26. 2. 1987, S. 12.
11 Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1986, Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, abgeschlossen am 10. 4. 1987, S. 15.
12 Vgl. Ebenda, S. 31.
13 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O., S. 45.
14 Vgl. dazu im einzelnen Großer, Weinert, a.a.O., S. 48.
15 Vgl. Günter Weinert, Ungebrochener Lohnauftrieb in Großbritannien in: Konjunktur von Morgen (Hrsg. HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg) Nr. 731.
16 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O., S. 58.
17 Italien hat angekündigt, daß es bei der Berechnung des Sozialproduktes künftig auch einen Teil der „Schattenwirtschaft" berücksichtigen will.
18 Vgl. O. E. Kuntze, Artikel Niederlande in: ifo-schnelldienst Nr. 10–11/87, S. 41.
19 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987, a.a.O., S. 79.
20 Vgl. Ebenda. S. 103.
21 Vgl. O. E. Kuntze, Artikel Dänemark in: ifo-schnelldienst Nr. 9/87 S. 25.
22 Vgl. Ebenda.
23 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987, a.a.O., S. 91.
26 Vgl. H., Krägenau, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 124.
27 Vgl. T. Padoa-Schioppa u. a., Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftswachstum der Europäischen Gemeinschaft (Bericht einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Studiengruppe) Brüssel, April 1987, S. 147.
28 Vgl. Ebenda, S. 147.
29 Vgl. H. Krägenau, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 124.
30 Vgl. Dok. KOM (87) 77 endg. a.a.O., S. 26 ff.

Weiterführende Literatur

ETLA, The research institute of the Finnish economy: Short-term projects for the European economics, Report to the meeting of Association d' Instituts Europeens de Conjoncture Economique (AIECE), Belgrade, May 7–8. 1987.

Giersch, Herbert: Internal and External Liberalisation for Faster Growth, Economic Papers (Commission of the European Communities) Nr. 54.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die wirtschaftliche Lage und Probleme der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Gemeinschaft, KOM (87) 77 endg. vom 26. 2. 1987; Jahreswirtschaftsbericht 1986–1987, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 30; Jahreswirtschaftsübersicht 1986–1987, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 30.

Matthes, Heinrich: Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EG, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, 67. Jg. (1987) S. 247 ff.

Nerb, Gernot, Arbeitsmarktprobleme: Ansichten der Unternehmen und Arbeitgeber, in : Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 27.

Padoa-Schioppa, Tommaso, u. a.: Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft (Bericht einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Studiengruppe), April 1987.